



Kiel, 3. September 2018

Nr. 273 /2018

Martin Habersaat:

Landesregierung weiter mit mehr Diffusion als Inklusion

Der Bildungsforscher Klaus Klemm hat mit „Unterwegs zur inklusiven Schule“ einen aktuellen Lagebericht aus bildungsstatistischer Perspektive vorgelegt. Zu dieser bundesweiten Analyse sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, mit Blick auf Schleswig-Holstein:

Es ist gut, dass von Klaus Klemm mit der „Exklusionsquote“ eine neue Kennzahl eingeführt wird, die bildungsstatistisch den Weg der Bundesländer auf dem Weg zur inklusiven Schule erfasst. Schleswig-Holstein und die Jamaika-Regierung könnten gemeint sein, wenn es gleich im ersten Satz der Studie heißt, öffentliche Kontroversen erweckten den Eindruck, Deutschland tue sich mit dem gemeinsamen Lernen besonders schwer.

Nachdem sie im Landtagswahlkampf 2017 die Umsetzung der Inklusion noch als verantwortungslos bezeichnet hatte, beließ es Bildungsministerin Prien bei den wesentlichen Weichenstellungen und versucht den Eindruck zu erwecken, gleichzeitig dafür und dagegen zu sein. In der Debatte um die im Bericht angemahnten bundesweiten Standards für die Umsetzung der Inklusion könnte Schleswig-Holstein aufgrund unserer seit 1990 gemachten Erfahrungen eine führende Rolle einnehmen, mit Larmoyanz und Rückwärtsgewandtheit hat sich die Landesregierung dieser Möglichkeit allerdings beraubt.

Die von Klaus Klemm noch im Auftrag von Britta Ernst entwickelten Maßnahmen zur Unterstützung der Schulen im Land sollen umgesetzt werden, allerdings langsamer. Aus unserer Sicht machen CDU, FDP und Grüne derzeit weitere gravierende Fehler:

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

- Nachdem Grundschulen bereits heute weitgehend inklusiv arbeiten, steigt die Exklusionsquote nach Klasse 4. Mit der Wiedereinführung der schriftlichen Schulartempfehlung, der geplanten Trennung der Lehrkräfteausbildung nach Ständen und anderen rückwärtsgewandten Maßnahmen wird der Gedanke des Sortierens wieder gestärkt. Besondere Herausforderungen werden bei den Gemeinschaftsschulen abgeladen, anstatt Stück für Stück alle Schulen, also auch die Gymnasien, in die Verantwortung zu nehmen.
- Schulen brauchen eine bessere personelle Ausstattung, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Zusätzliche Lehrkräfte helfen allerdings nur, wenn sie nicht zusammen mit zusätzlichen Aufgaben an die Schulen kommen. Die Landesregierung jedoch hat die Zahl der zu unterrichtenden Stunden erhöht und den Schulen damit die Möglichkeit genommen, die neuen Kräfte zur Förderung einzelner Schülergruppen oder zur Doppelbesetzung von Stunden, besonders sinnvoll wäre das in der Grundschule in Deutsch und Mathematik, zu nutzen. Im Gegenteil werden in Zeiten hoher Krankenstände und vieler nicht oder falsch besetzter Stellen solche Doppelbesetzungen oft zuerst aufgelöst, um den Verpflichtungen des Stundenplans wenigstens einigermaßen nachzukommen.
- Der Lagebericht mahnt funktionierende Unterstützungssysteme für die Schulen an. Der Landesrechnungshof forderte in seinem Bericht „Inklusion an Schulen“ 2017 multiprofessionelle Teams und Kooperationsbudgets. Beides würde vor allem Grundschulen und Gemeinschaftsschulen zugutekommen. Die Landesregierung konzentrierte sich stattdessen bisher auf die Wiedereinführung von G9 an Gymnasien und Schönschrift an Grundschulen.
- In Schleswig-Holstein steht längst nicht mehr die Senkung der Exklusionsquote im Mittelpunkt. Lernen im Bundesschnitt noch vier von 100 Schülerinnen und Schülern getrennt von den anderen, sind es in Schleswig-Holstein nur zwei. Gerade im Bereich des geistigen und körperlichen Förderbedarfs wird es in absehbarer Zeit ohne Förderzentren nicht gehen, hier sind andere Modelle gefordert, wie etwa in Ahrensburg beim gemeinsamen Campus von Förderschule und Grundschule zu finden. Neue Impulse hier: Fehlanzeige.
- Der „Runde Tisch Inklusion“, der sich einst mehrfach im Jahr traf und Fachleute aus dem, ganzen Land vernetzte, gemeinsame Herausforderungen beschrieb und Lösungen entwarf, hat sich unter der Bildungsministerin Prien noch nicht ein einziges Mal getroffen.

Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion wird die Landesregierung auch in dieser Legislaturperiode einen Inklusionsbericht vorlegen, wie es ihn bereits in den vergangenen beiden Perioden gab.

Lag dem 1. Inklusionsbericht (Regierung: CDU, FDP) noch ein engerer Inklusionsbegriff zugrunde und die Auffassung, Inklusion sei kostenneutral umzusetzen, formulierte der 2. Inklusionsbericht (Regierung: SPD, Grüne, SSW) eine weitergehende Zielvorstellung einer inklusiven Schule und bestätigte weitergehende Ressourcenbedarfe. Man darf gespannt sein, ob sich im dritten Bericht die Rückwärts-Ideologie von Frau Prien durchsetzen wird.